Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis für Abholer 0,70 Goldmark.
Auch durch d. Post zu beziehen. Preise freibleibend.
Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Anzeigen-Annahme: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, erster Stock.

Bezugspreis frei ins Haus vom 12. bis 18. Januar 1924 0,80 Goldmark.
Zahlbar am 12. Januar.

Hamburger Echo

Anzeigenpreise 10 Pfennig Gold.

Anzeigenpreise verstehen sich in Goldmark: die 18gespalt. Petitzeile 40 Pfg. Private Familien-Anzeigen 20 Pfg. Stellenangebote 25 Pfennig. Stellengesuche 20 Pfg. Kleine Anzeigen bis 9 Zeil. die Zeile 20 Pfg., 10 b. 15 Zeil. 25 Pfg. Reklamez 1,40 Mk. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im ersten Stock (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag) in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 14. Montag, den 14. Januar 1924. 38. Jahrgang.

Das sächsische Wahlbarometer.

Wachstum der Extreme.

Dresden, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Gemeinderatswahlen sind in Sachsen ruhig verlaufen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich in den verschiedenen Städten eine Verschiebung der bisherigen Verhältnisse nach links bezw. rechts ergeben hat. Bemerkenswert ist aber vor allem, daß die Wahlbeteiligung in einzelnen Städten sehr zu wünschen übrig ließ, daß verschiedentlich kaum 60 % zur Wahlurne geschritten sind. Bisher liegen folgende Ergebnisse vor:

Chemnitz: Sozialdemokratische Partei 35 330, Kommunistische Partei 32 121, Unabhängige sozialdemokratische Partei 472, Deutsche Volkspartei 25 063, Deutschnationale Volkspartei 21 771, Haus- und Grundbesitzer 12 474, Demokratische Partei 8622. Die Verteilung der Sitze ergibt: Sozialdemokraten 16 (bisher 21), Kommunisten 15 (11), Deutsche Volkspartei 11 (12), Deutschnationale Volkspartei 10 (8), Haus- und Grundbesitzer 5 (4), Demokraten 4 (3), mithin 30 Bürgerliche (bisher 28) gegen 31 Sozialisten (32).

Zwickau: SPD. 10 203 (13 Mandate), USP. 1063 (1), KPD. 6415 (8), DNVP. 6334 (8), DVP. 6272 (8), DDP. 5196 (6), Mittelstandsvereinigung 3534 (5).

Dresden: Die Bürgerlichen erhalten 39 Mandate, die Deutschsozialen 4, die vereinigten Linksparteien 32. Das bisherige Verhältnis war 42:42.

Leipzig. Wirtschafts-Gemeinschaftsliste 115 481, DDP. 31 596, Völkisch-Soziale 31 336, Deutschsoziale 3118, USP. 7963, SPD. 90 723, KPD 68 752. Die Mandate verteilen sich wie folgt: Die Völkisch-Sozialen 7, DDP. und Wirtschafts-Gemeinschaftsliste 31, die drei sozialistischen Parteien 35. Das Verhältnis ist also 38 Bürgerliche und 35 sozialistische Mandate gegenüber 36:36 bisher.

Bautzen: die Bürgerlichen 21 (20), die Linksparteien 14 (15).

Plauen: die Bürgerlichen 38 Mandate, die Linksparteien 25, bisher 33:27

Meißen: die Bürgerlichen 20 Mandate, die Linksparteien 17, bisher 18:18.

Zittau: die Bürgerlichen 20 Mandate, die Linksparteien 19, bisher 17:10.

Die obigen Einzelresultate stammen aus Gemeinden der verschiedensten Landesteile, sie umfassen Groß-, Mittel- und kleine Mittelstädte. Mit Ausnahme der landwirtschaftlichen, sind auch alle ökonomisch-sozialen Strukturen darin vertreten. Wenn dennoch überall das Anwachsen der Extreme rechts und links in Erscheinung tritt, so dürfen wir darin einen für das ganze Land charakteristischen Zug erblicken. Trotz Ausnahmezustand und Parteiverbot ist die KPD. stark gewachsen, gewachsen ist aber auch der bürgerliche Heerhaufen, anscheinend Dank der Anziehungskraft der äußersten Rechten. (Deutschnationale, Deutschsoziale, Grundbesitzer.) Da trotz des Anwachsens der extremen Parteien die Wahlbeteiligung zurückging, hat die Sozialdemokratie Einbuße erlitten, vermutlich aber, das ist vorläufig nicht genau erkennbar, auch die bürgerlichen Mittelparteien.

Das Wahlergebnis ist in erster Linie eine Bankerotterklärung der Ausnahmepolitik. Es ist eingetreten, was wir von dem Parteienverbot vorausgesagt haben: daß das Verbot nicht nur zum Widerspruch, sondern zur offenen Auflehnung anreizt. So mancher ehrliche Republikaner, der durchaus für eine ehrliche, in staatsbürgerlicher Freiheit zu vollziehende Politik republikanischer Sammlung zu haben wäre, hat von seinem Gerechtigkeitsgefühl geleitet, der KPD. seine Stimme gegeben. So manchen Bürgerlichen hat das Regiment des Säbels nach ganz rechts getrieben. Und ein großer Haufen folgte dem Trieb nach verbotenen Früchten, die am besten schmecken. Wenn auch zweifellos die in Sachsen besonders schlimme wirtschaftliche Not den extremen Parteien zumeist zugute kam, so kann doch der Bankerott einer Politik, die den militärischen Verstand zum Staatslenker macht, nicht vertuscht werden.

Aber auch der Sozialdemokratie wird das Wahlergebnis zum Warnungszeichen. Die Wahlmüdigkeit macht klar, daß breitere Kreise sich in der Reichspolitik der Partei nicht mehr zurechtfinden, das Ausweichen vor sachlichen Notwendigkeiten wirkt als Mangel an Führung, wenn die Trommel ruft, säumt ein Teil der Truppen. Schärfer noch kennzeichnet der Wahlausgang jene Politik der Mehrheit der sächsischen Sozialdemokratie, die die Partei unter kommunistische Diktate stellt und für eine Einheitsfront unter allen Umständen das Erstgeburtsrecht preisgibt. Man sehe sich doch die verschwommene Bezeichnung „Vereinigte Linke“ an. Vielleicht soll sie nur die an sich verständige Wahllistenverbindung decken, aber was vorausging, lähmte die Spannkraft der Partei, brach ihrem Stoß die Spitze ab. Es wirkt beinahe komisch, in sächsischen sozialdemokratischen Blättern Klagen zu lesen, daß die KPD. ihre Agitation ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richte und die Bügerlichen ganz in Ruhe lasse. War anderes zu erwarten? Die Dinge auf die Spitze zu treiben, ist in Zeiten der Entscheidung eine wertvolle strategische Regel, aber die Spitze muß man selbst nehmen, immer muß der Eindruck sich ergeben, daß man berufen ist, aus eigener Kraft die Entscheidung zu erzwingen. Da die sächsische Sozialdemokratie aber zu gut weiß, daß dieses innerhalb des Reichsverbandes beinahe machtlose Sachsen nicht das große Gewicht sein kann, das die niederziehende Last der andern Reichsteile auch nur auszugleichen vermag, so entbehrte von vornherein die Taktik des Auf-die-Spitze-treibens der inneren Wahrheit und der überzeugenden Kraft. Sie leistete Arbeit für Moskau! Und noch eins kam dazu. Die Wählerschaft muß ein Ziel als erreichbar erkennen; in Sachsen aber sah sie schließlich nur den leeren Raum vor sich, neue Wahlen müssen ihr als Stoß in die Luft erscheinen. Das Festfahren der Landespolitik hat offenbar auch in die Gemeindepolitik einen fatalistischen Zug getragen. „Schon wieder wählen? Macht Eure Meerde alleene, ich tue nicht mehr mit.“

Für den Landtag sollte sich eine Lehre ergeben. Landtagswahlen würden voraussichtlich wie die Gemeindewahlen ausgehen, der Landtag erhält stärkere Flügelparteien, aber die Sozialdemokatie bliebe die weitaus stärkste Partei und das Rgierungsproblem bliebe unverändert. Noch ist es Zeit zur Selbstbesinnung. Sie hat zur Voraussetzung die richtige Einschätzung der Machtverhältnisse, auch in der Stellung Sachsens im Reich. Und dann klar und bestimmt alle Konsequenzen gezogen!

Märchen über die sächsische Politik.

Die „Kölnische Zeitung“, die vor langen Jahren ganz regierungsoffiziös war und noch jetzt gelegentlich Regierungsmännern als Sprachrohr dient, hat behauptet, Herr Zeigner habe als Ministerpräsident Sachsens mancherlei Treibereien gegen das Reich verbrochen, u. a. habe er unmittelbar und über die Leitung der Hamburgischen Sozialdemokratie versucht, in Hamburg zu erzielen, daß die Vereinigung „Republik“ förmlich zu einer Staatseinrichtung ausgebaut werde, natürlich mit dem Hintergedanken, damit eine bewaffnete Macht zu gewinnen, die eventuell norddeutsche Reichswehr von Sachsen fernhalten und überhaupt im Sinne der Zeignerschen Politik wirken könnte.

Wie uns von zwei Stellen, die unterrichtet sein müßten, mitgeteilt wird, ist von diesen Dingen in Hamburg nicht das Mindeste bekannt. Die „Kölnische Zeitung“ erzählt Märchen. Märchen von jener Art, die verbreitet wurden, um die Schädigung der sächsischen Industrie durch Zeigner zu beweisen. Als dann infolge dieser Märchen wirklich Schädigungen eintraten, schrie man Ach und Weh. Wir treten das jüngste Märchen tot und verhindern so neue Schäden.

Reichsausgleich mit Thüringen.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der thüringischen Staatsregierung sind nunmehr endgültig zum Abschluß gelangt. Das Reich verzichtet endgültig auf die Entsendung eines Reichskommissars sowie auf die übrigen Exekutivmaßnahmen. Dagegen ist die thüringische Regierung gewisse erträgliche Verpflichtungen eingegangen. Sowohl die Reichsregierung wie die thüringische Staatsregierung werden die gegenseitigen Vereinbarungen im Laufe des Montag der Oeffentlichkeit übergeben.

Wahlaufruf der Sozialdemokratie.

Weimar, 13. Januar.

Der ordentliche Bezirksparteitag der Sozialdemokratie Thüringens, der am Sonntag zusammentrat, gab ein Bild von Einmütigkeit und Geschlossenheit. Der Parteitag sprach zunächst dem verhafteten Innenminister, Genossen Herrmann, das Vertrauen aus. In einer weiteren Entschließung wird schärfster Protest gegen den Ausnahmezustand erhoben und der Abzug der Reichswehr aus Thüringen gefordert. Von der Reichstagsfraktion wird erwartet, daß sie den sofortigen Zusammentritt des Reichstags veranlaßt und sich bemüht, durch eine Entscheidung des Reichspräsidenten den Ausnahmezustand aufheben zu lassen. Außerdem forderte der Parteitag schärfste Opposition gegen die Regierung Marx—Stresemann, Sicherung der Republik, Fortsetzung des Kampfes um den Achtstundentag, eine soziale Preispolitik und Löhne bezw. Gehälter, die ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen, ferner eine Verständigungspolitik. Ueber die Landtagswahlen referierte Genosse Brill, über die Reichspolitik Genosse Breitscheid. Beide Referate wurden ohne Aussprache entgegengenommen. Auch die Aufstellung der Kandidaten zur Landtagswahl erfolgte in fast restloser Einmütigkeit.

Abbau des Ausnahmezustandes!

Der Reichspräsident hat sich auf Antrag des Reichsministers der Justiz entschlossen, die Verordnung vom 17. Dezember vorigen Jahres zum 1. Februar dieses Jahres außer Kraft zu setzen. In der Verordnung vom 17. Dezember werden die Strafkammern für zuständig erklärt zur Aburteilung von Straftaten gegen die öffentliche Ordnung, und zwar bei abgekürztem Verfahren.

Wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik, sowie gegen verschiedene Paragraphen des Strafgesetzbuches hatten sich in fünftägiger Verhandlung vor der Strafkammer in Frankfurt a. M. 13 Kommunisten zu verantworten, die im Oktober vorigen Jahres Ueberfälle auf eine Schar Ausflügler am Lohrberg, auf das Sportshaus des Sportklubs von 1880 und auf das Besitztum eines Gastwirts unternommen hatten. Nach Auflösung der proletarischen Hundertschaften unterhielten die Angeklagten eine die gleichen Ziele verfolgende Organisation. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 2½ Jahren. In zwei Fällen erfolgte Freisprechung. — So meldet WTB. Wir setzen hinzu, daß die „Ausflügler“ Hakenkreuzler waren, die von einer „Uebung“ heimgekehrt, und im Sporthaus waren Waffen verborgen.

Nachklänge zu Ludendorff-Hitlers Deutscher Tag.

Vor dem Volksgericht in Nürnberg hatten sich 24 Arbeiter der Schuckert-Werke wegen Landfriedensbruchs zu verantworten. Die Angeklagten haben am 4. September vorigen Jahres Angestellte und Arbeiter des Betriebes, die am Deutschen Tag teilgenommen hatten, mit Gewalt aus dem Betriebe entfernt und sich hierbei Mißhandlungen zuschulden kommen lassen. Das Urteil lautete gegen 13 Angeklagte auf Gefängnisstrafen von 1 Monat bis 1 Jahr 8 Monate. Drei Angeklagte erhielten Geldstrafen von je 30 M. Die übrigen wurden freigesprochen.

Nachdem einmal Anklage erhoben war, war Verurteilung selbstverständlich. Denn tatsächlich waren einige Arbeiter von Siemens-Schuckert, die an der von Ludendorff und Hitler veranstalteten Parade als dem Auftakt zum Münchener Novemberputsch teugenommen hatten, verprügelt worden. Noch eine zweite Prozeßverhandlung, in der es sich um Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte handelt, ist im Gange; auch sie wird mit der Verurteilung treuer Republikaner enden.

Tatsächlich gehen die Republikaner ins Gefängnis als Opfer der von den bayrischen Regierungsgewalten verübten Begünstigung antirepublikanischer Treibereien. — Die wahren Landfriedensbrecher sind die Veranstalter und Förderer des Deutschen Tages, der als Auftakt zum Münchener Ludendorff-Hitler-Putsch diente. In denkbar größter Offenheit war dieser Deutsche Tag als Putscheinleitung aufgezäumt worden, was nicht hinderte, daß eine Abteilung Landespolizei den Paradezug eröffnete. Die doppelzüngige verräterische Politik Kahrs vom November kündigte sich in Nürnberg bereits an. Die Getreuen Ludendorffs und Hitlers müssen jetzt glauben, Kahr habe bereits in Nürnberg die Falle gestellt, die im November in München zuklappte. Den ehrlichen Republikanern in Bayern aber werden die Nürnberger Prozesse zu einem Antrieb werden, mit der verräterischen Politik Kahrs aufzuräumen.

Die Reichsregierung an die Interalliierte Militärkontrollkommission.

Die Reichsregierung hat an die Interalliierte Militärkontrollkommission eine Note gerichtet, in der sie die Mitteilungen von der Wiederaufnahme der Militärkontrolle bestätigt und mitteilt, daß die deutschen Verbindungsstellen und die für die Kontrolle selbst in Betracht kommenden Behörden angewiesen sind, den Kontrolloffizieren die Durchführung dieser Besuche zu ermöglichen.

Es heißt zum Schluß in der deutschen Note u. a. wörtlich: „Die Reichsregierung hat mich indessen beauftragt, Ihnen, Herr General, bei dieser Gelegenheit zu erklären, daß Ihrer Ansicht nach die Kontrollkommission ihre Aufgabe, soweit diese sie mit den militärischen Stellen in persönlichen Kontakt bringt, beendet hat. Diejenigen Aufgaben, welche die Botschafterkonferenz als noch offen betrachtet und an deren Durchführung die deutsche Regierung mitzuwirken durchaus bereit ist, erfordern keine Besuche bei militärischen Stellen. Abgesehen von jenen noch offenen Aufgaben wurde alles, was der Teil 7 des Vertrags von Versailles an Abrüstungsforderungen enthält, längst erfüllt. Der durch diese Abrüstung geschaffene Zustand unterliegt nach Artikel 213 des Vertrags von Versailles nicht dauernder Kontrolle, sondern lediglich der Möglichkeit einer etwa aus besonderen Gründen vom Rate des Völkerbundes anzuordnenden Spezialuntersuchung. Wenn die deutsche Regierung gleichwohl die Voraussetzungen für die am 10. und 12. Januar in Aussicht genommenen Kontrollbesuche schuf, so tat sie dies in der gewissen Erwartung, daß ihre eben dargelegte Rechtsauffassung auch bei der Interalliierten Militärkontrollkommission volle Würdigung findet und daß von weiteren Kontrollbesuchen abgesehen wird.“

•

Zu dieser Note bemerkt ein eigener Drahtbericht des Pariser Korrespondenten des SPD.:

Wenn auch die juristische und moralische Berechtigung der von der deutschen Regierung der Interalliierten Militärkontrollkommission gemachten Mitteilungen, daß sie deren Tätigkeit, soweit sie sich auf Heeres- und Marinedienststellen bezieht, nach dem Friedensvertrag als beendigt ansehe, nicht zu bestreiten ist, so wird man sich doch fragen dürfen, ob der Zeitpunkt für einen solchen Schritt sehr geschickt gewählt war. Wenn auch die vor kurzem eingeleiteten Verhandlungen über einen Modus vivendi in den besetzten Gebieten nach der französisch-belgischen Antwort faktisch als beendet angesehen werden können, so ist doch anderseits die gesamte Situation so, daß die Einleitung einer neuen Aussprache zur Bereinigung der gegenwärtigen für beide Teile unhaltbaren Lage nur eine Frage von Wochen sein kann. Es kann deshalb als taktisch nicht sehr klug bezeichnet werden, wenn die deutsche Regierung gerade in diesem Augenblick nicht nur Herrn Poincaré eine neue Waffe in die Hand gibt zur Verteidigung der französischen Sicherheitsforderungen, sondern auch im übrigen Auslande den Eindruck aufkommen läßt, als ob man in Deutschland die Tätigkeit der Interalliierten Militärkontrollkommission zu scheuen habe. Es ist zu befürchten, daß man in Frankreich sehr geschickt Kapital daraus zu schlagen wissen wird. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Botschafterkonferenz bereits in den nächsten Tagen zusammentreten wird, um zu der Mitteilung der deutschen Regierung Stellung zu nehmen. Die Sonntagmorgenblätter, die die deutsche Meldung erst spät am Sonnabend erhalten haben, enthalten sich jeglicher eigener Aeußerung; aber es ist nicht schwer zu prophezeien, daß am Montag der Lärm der gesamten Presse ertönen wird.

Frankreich und die Vorgänge in der Pfalz.

General de Metz, der französische Oberbefehlshaber für die Pfalz, hat bei der Trauerfeier für den erschossenen Separatistenführer Heinz-Orbis am Sonntag vormittag eine Ansprache gehalten, in der er den Getöteten als Freund Frankreichs feierte. Im Namen Frankreichs legte er einen Kranz nieder.

Der Sonderberichterstatter der „Daily News“ in Speyer sieht in der Teilnahme des Generals de Metz an der Beerdigung des Heinz-Orbis einen weiteren Beweis der Tatsache, daß die separatistische Bewegung von den höheren französischen Vertretern in der Pfalz begünstigt wird. Der Berichterstatter schreibt, die von der englischen Regierung für die offizielle Untersuchung angegebenen Gründe seien also vollauf berechtigt.

In unterrichteten Pariser Kreisen verlautet, wie der Pariser Korrespondent des SPD. meldet, daß die französische Regierung die Entsendung des englischen Generalkonsuls in München nach Speyer damit beantworte, daß sie einen höheren Offizier beauftragt hat, dem englischen Beamten auf seiner Reise durch die Pfalz zu folgen und bei allen Unterredungen, die Herr Clive mit den Behörden der Pfalz haben werde, anwesend zu sein. Der englisch-französische Gegensatz hat damit nach Ansicht des Korrespondenten ernsten Konfliktscharakter angenommen. Die französische Presse polemisiert aufs heftigste gegen die englische Politik. Sie spricht von einer gegen Frankreich gerichteten diplomatischen Offensive, deren Zweck es offenbar sei, einen Vorwand zu schaffen für die Zurückziehung der englischen Truppen aus dem Rheinland und den Austritt Englands aus der Rheinlandkommission.

Der Beginn der Tätigkeit der Sachverständigenausschüsse.

SPD. Paris, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der erste der beiden von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenausschüsse tritt am Montag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die beiden amerikanischen Delegierten, die bereits vor acht Tagen in Paris eingetroffen sind, haben die abgelaufene Woche dazu benutzt, sich in die Materie einzuarbeiten. Sie haben zahlreiche Konferenzen mit den Mitgliedern der Reparationskommission und insbesondere mit dem amerikanischen Delegierten Loogan gehabt.

Der Bruderzwist in den Reihen der französischen Gewerkschafter.

Die bedauerlichen Zwischenfälle, zu denen die kommunistische Versammlung am Freitag abend geführt hat und in deren Verlauf zwei Arbeiter getötet und etwa 80 mehr oder weniger schwer verletzt wurden, sind noch nicht restlos aufgeklärt. Die kommunistischen und die revolutionären Gewerkschaften versuchen, sich gegenseitig die Verantwortung für die Vorfälle zuzuschieben. Der tiefere Grund dürfte aber in der seit dem Kongreß von Bourges von Woche zu Woche gewachsenen Gegnerschaft zwischen der den Befehlen Moskaus gehorchenden politischen Organisation und den auf ihre Unabhängigkeit eifersüchtig bedachten revolutionären Gewerkschaften zu suchen sein. Diese haben es als eine Provokation empfunden, daß die Kommunistische Partei ihre Versammlung gerade in das Gewerkschaftshaus einberufen hat, um so mehr, als auf der Tagesordnung Fragen standen, die eigentlich gewerkschaftlicher Natur waren. Die Zwischenfälle selbst scheinen durch Anarchisten provoziert worden zu sein, die schon vor einiger Zeit angedroht hatten, daß sie künftig jede kommunistische Versammlung sabotieren würden. Die unabhängigen Gewerkschaften haben mit Rücksicht auf die starke Spannung innerhalb der Arbeiterschaft ihren für den letzten Sonntag anberaumten Gewerkschaftskongreß abgesagt. Die alten Gewerkschaften (sozialistische Richtung) veröffentlichen einen Aufruf, in dem sie die blutigen Ereignisse aufs tiefste beklagen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Wiedervereinigung der gesamten Arbeiterschaft in der C. G. T. (Gewerkschaftsbund) dem Bruderzwist und Haß so bald wie möglich ein Ende machen werde.

Ein Brief Macdonalds an seine französischen Freunde.

WTB. Paris, 12. Januar. Havas meldet aus Marseille: Das dortige Blatt „Le petit Provencale“ veröffentlicht einen Brief Ramsay Macdonalds an den französischen Sozialistenführer Reynaudel, in dem der englische Arbeiterführer den Wunsch ausdrückt, daß das französische Volk freundschaftlich mit dem englischen Volke zusammenwirken möge, um aus dem ruinierten Europa ein neues Europa erstehen zu lassen, das für die gemeinsamen Interessen handeln müsse. Macdonald beklagt den Umfang der militärischen Ausgaben. Er würde sich freuen, wenn die nächsten französischen Wahlen Anlaß zu der Hoffnung gäben, das zwischen England und Frankreich Beziehungen möglich würden, die von kleinlicher Eifersucht frei wären, denn er, Macdonald, hänge derartigen Gedanken nach und werde sich mit aller Kraft bemühen, sie in Wirklichkeit umzusetzen, gerade weil er ein Freund Frankreichs sei.

In dem oben angeführten Briefe Ramsay Macdonalds an den französischen Sozialistenführer Renaudel erfährt Reuter, daß dieser Brief ein persönliches Schreiben war, das nicht zur Veröffentlichung bestimmt war. Die in dem Briefe ausgedrückten Gefühle entsprächen aber vollauf den Anschauungen Macdonalds und seinem Wunsche nach Freundschaft mit Frankreich.

Schützinger, der bekannte sächsische Polizeioberst, steht jetzt im Herrschaftsbereich der Reichswehrgenerale überall unter Redeverbot. Die Ortgruppe Bremen des Deutschen Republikanischen Reichsbundes richtet nun eine Beschwerde an den Inhaber der vollziehenden Gewalt, um die Gründe zu erfahren. v. Seeckt antwortete mit dem Hinweis auf Artikel, in denen Schützinger „schwere, völlig haltlose Angriffe gegen die verfassungsmäßige, bewaffnete Macht des Reiches“ gerichtet habe. — Eine bequeme Manier, deswegen einen Mann mundtot zu machen. Warum wird dann Schützinger nicht einfach verklagt — wegen „Beleidigung der Wehrmacht“? — General v. Lossow würde sich totlachen!

Das Wirtshaus zur Kapelle.

Roman von Gustav Schröer.

[13]

„Schmeißen Sie doch mal, wenn Sie zuzeiten auf jeder Treppenstufe stehen bleiben müssen, weil das Herz wie an einem Zwirnsfaden hängt und ganz verrückt hin und her baumelt. — Mutter Kolbe trägt viel auf ihren Schultern, und wenn sie nicht so stark wäre, wie sie ist, dann läge sie lange auf der Nase. Ihr Seliger ist nämlich sehr soso gewesen. Ich habe ihn nicht gekannt. Sie hat in ihrer Stube ein Bild von ihm hängen. Ein hübscher Kerl mit einem schwarzen Spitzbarte, aber ein unruhiger Geist. Wollte durchaus Geschäfte machen, und es ist schief gegangen. Das kann jedem passieren und ist weiter nicht schlimm, wenn er sich hernach wieder fest auf seine Füße stellt. Das hat aber der gute Kolbe nicht getan. Ich weiß vom Hörensagen, daß er immer unterwegs gewesen ist. Das andere ist leicht zusammenzureimen. Die ganze Wirtschaft wäre zugrunde gegangen, wenn die Frau nicht nüchtern und klar bei der Stange geblieben wäre. Dem Manne hat der Geschäftsteufel in den Knochen gelegen, und er hat anfangs verdient. Das ist der Fehler gewesen. Hätte er anfangs verloren, dann wäre er bei Verstande geblieben. So hat er sich später immer damit getröstet, daß es ihm doch anfangs geglückt ist. Was er alles gehandelt hat, das weiß ich nicht. Das meiste Geld hat er im Holzhandel verloren. Dabei kann einer natürlich ein reicher Mann, aber er kann auch ein Bettler werden. Bei dem Kolbe ist's auf den Bettler zugegangen. Als ich herkam, war er zwei Jahre tot. Die Kapelle ist so überschuldet, daß die Sparkasse hinter dem Toten her keinen Pfennig mehr gegeben hat. Das einzige, was sie tat, war, daß sie das Wirtshaus nicht zur Versteigerung brachte. Das tat sie um der Frau willen. Für die andern Schulden ist Schulze Weiße eingesprungen. Wenn ich recht unterrichtet bin, dann sind es zwanzigtausend Mark gewesen. Das ist auch etwas, das mir an dem Vorsteher gefällt, aber ich werde ein Unbehagen nicht los, nun ich weiß, daß Mutter Kolbe in den Händen ist. Wenn sie nicht so bockbeinig wäre, dann hätte ihr lange geholfen werden können. Ich habe doch niemand und hinterlasse weder eine trauernde Witwe, noch unmündige Waislein.“

„Kann man doch noch nicht wissen,“ warf Saßner ein.

Hans Wohlgemut lächelte. „Reden Sie kein dummes Zeug, Saßner. Nein, so ruppig bin ich denn doch nicht, daß . . . Ganz abgesehen davon, daß ich nun mal auch keine heiraten würde, die ich nicht wirklich lieb hätte. Ja, und sehen Sie, da wird die Geschichte niemals stimmen, sondern wird immer einseitig bleiben. — Also, wenn Mutter Kolbe nicht so bockbeinig wäre, aber sie ist's nun einmal. — Langen Sie mir mal meine Laute her. Sie brauchen bloß links zu greifen, hinter Ihnen auf der Kommode liegt sie. — Danke.“

Hans Wohlgemut klimperte etliche Akkorde, dann sang er: „Wenn im Walde die Heckenrosen blühn“, Gerhard Saßner fiel ein, und Doktor Stein, der in das dunkle Wohnzimmer trat, brauchte nur den Tönen nachzugehen.

So stand er auf einmal vor den zweien, lachte und sagte: „Na, Hans, es geht also wieder besser?“

„Ja, aber daran bist Du nicht schuld.“

„Darauf kommt es auch gar nicht an.“

„Ewig Pyramidon und dann Bromkali oder umgekehrt Bromkali und Pyramidon. — Renk' die Klappe ein, dann bist Du ein richtiger Kerl, sonst . . .“

„Nun?“

„Frag' nicht.“

„Das ist mir das sicherste Zeichen, daß es Dir wieder gut geht, Hans. Wenn Du grob wirst, dann bist Du allemal wieder bei Wege.“

Hans Wohlgemut klimperte. Darauf stimmte er an: „Was die Welt morgen bringt.“ Die zwei andern aber ließen ihn allein singen. Sie fühlten den verhaltenen Schmerz, der hinter dem leichtfertigen Liede schwang. Als der Maler die erste Strophe beendet, griff der Arzt nach der Laute.

„So, Hans, wir glauben es Dir nun, daß Du ein kreuzfideles Haus bist. Nun ist genug geklimpert. Zeig' mal Deinen Puls. — Gut.“

„Lüg' nicht, Doktor.“

„Zum Kuckuck!“ fuhr der Arzt auf. „Jetzt sei still. Nicht tadellos, sage ich, aber gut. — Morgen kannst Du Dir mal in der Stube die Beine ein bißchen vertreten, aber gearbeitet wird noch nicht, höchstens was ganz Gemütliches lesen. — Gehen Sie mit, Herr Saßner? Der Wohlgemut muß jetzt allein bleiben. — Gute Nacht, Hans.“

Als ihm Saßner die Hand reichte, bat er, die Geige am besten gleich da zu lassen. Der aber entgegnete: „Nein, Herr Wohlgemut, alle Tage ist Ihnen das nicht dienlich. Morgen abend . . .“

„Spielen wir einen Skat,“ fiel Dr. Stein ein.

Unterwegs sagte er zu Gerhard Saßner: „Armer Kerl! Er legt zu viel Herz in seine Bilder, zu viel gesundes Herz und hat davon nichts wegzugeben. — Wollen Sie mir das Vergnügen machen, mit mir zu Abend zu essen?“

Gerhard Saßner nahm an, und als er gegen zehn heimging, da trug er ein übervolles Herz in seine Stube. Doktor Stein war Hans Wohlgemut geistesverwandt. Auch er kerntüchtig, ernst und doch oft ein scharfer Spötter. Er geißelte aber weniger die Schwächen einzelner Mitmenschen als die unseres ganzen Zusammenlebens. Des Doktors Hausdame war eine Majorstochter, die an der Heiratsecke gescheitert war; aber sie hatte einen gesunden Humor mit in die Altjungferzeit genommen, war nun an die Vierzig. Sie spielte trefflich Klavier, wußte Bescheid auf vielen Gebieten, ohne jemals mit ihrem Wissen zu prunken. Ganz im Handumdrehen war ein Duett fertig gewesen. Doktor Stein hatte behaglich in der Sofaecke gelehnt, und das Händelsche Largo verlangte er zweimal zu hören. „Wird ewig schön bleiben,“ sagte er, „und ist so deutsche Musik wie nur etwas, obwohl der Händel einer von den geliebten Engländern geworden ist. Ich will nicht bitter werden. — Noch ein bissel was fürs Gemüt, bitte.“ —

Gerhard Saßner ruhte auf dem Lager und sann. Das nannte sich nun abseits, dies Hilgendorf!

Acht Tage darauf, als Hans Wohlgemut bereits wieder die ersten kleinen Ausflüge gemacht, saß Schulze Weiße in der Kapelle fest hinter seinem Glase und wich nicht, bis auch der letzte der andern gegangen war.

Dann wandte er sich an Mutter Kolbe. „Wann kommt denn nun die Elfriede heim?“

„Am Gründonnerstage.“

„Hat sie nun das Wirtschaften gelernt?“

„Deswegen habe ich sie nicht fortgetan.“

„Nein, das konnte sie bei Dir lernen.“

„Sie sollte einmal für ein Jahr unter andere Leute. Wenn sie ein bißchen was zu dem gelernt hat, das sie von zu Hause her konnte, dann ist es mir recht. Vor allen Dingen sollte sie mal unter eine ordentliche Hetze junge Mädel und sollte lustig sein. Vielleicht muß das für lange vorhalten.“

„Tatata, wir sind doch auch Menschen, die leben und leben lassen. Na, das ist nun mal so eine Ansicht von Dir. Geschadet wird es ja dem Mädel nichts haben. — Wie denkst Du nun über die zwei?“

„Ich habe nichts gegen Deinen Albin einzuwenden.“

„Es ist zwar mein Junge, aber das muß ich doch sagen, er kann sich sehen lassen. Scheint auch auf dem Gute seine Sache zu machen. Der Oberinspektor ist scharf hinter den jungen Kerlen her; aber er hat mir gestern geschrieben, daß er mit dem Albin gut auskomme und sich auf ihn verlassen könne. Und sonst ist doch auch alles in Ordnung. Er hat sein Jahr bei den Dragonern abgemacht, ist nun Vize — daß er Offizier wird, das will ich gar nicht, — ich wüßte nicht, warum er der Elfriede nicht gefallen sollte.“

„Wüßte ich auch nicht, Vorsteher. Wie gesagt, von mir aus liegt nichts im Wege . . .“

„Also.“

„Es kommt allein auf das Mädel und den Albin an.“

„Auf den? Da bin ich doch auch noch da.“

„Nein, Schulze, zusammenheißen muß man so was nicht. Das muß von selber kommen. Wenn das nicht geschieht, dann tut es nicht gut.“

Weiße lachte. „Uebers Jahr, Anna, wollen wir mal den Hilgendorfern zeigen, wer wir sind. — Gute Nacht.“

(Fortsetzung folgt.)